

„DAS WAR EIN RIESEN DURCHBRUCH!“

Das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Bayern“ des IDEE e.V. und des OMNIBUS für Direkte Demokratie setzte sich im Volksentscheid durch - gegen die CSU. 20 Jahre danach sprechen der CSU-Politiker Peter Gauweiler, verantwortlich für einen der ersten Bürgerentscheide nach den neuen Regeln, und Christian Ude, damals SPD-Oberbürgermeister der Stadt München, über den Entscheid und seine Folgen.

MODERATION **SUSANNE SOCHER**

Sie haben, wenn wir jetzt zurückschauen auf die Zeit vor 20 Jahren, wahrscheinlich nicht immer so locker nebeneinander gesessen wie heute. Wie war die politische Stimmung damals, als es um die Einführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden in Bayern ging?

Ude: Das war in der Tat eine politisch aufgewühlte Zeit mit harten Kontroversen, aber meiner Erinnerung nach ging es da viel mehr um die Verkehrspolitik oder um den Umgang mit Ausländern. Der Bürgerentscheid gehörte nicht zu den emotional aufwühlenden Themen, weil niemand etwas gegen Bürgermitbestimmung sagen wollte. Es ging eigentlich um Detailfragen der Ausgestaltung. Es gab nach meiner Erinnerung nach in beiden politischen Lagern in Bayern, schwarz oder rot-grün, Anhänger und Gegner von mehr Mitbestimmung. Ich war bei dem Städtetag ziemlich allein als Befürworter. Bürgermeister jeglicher Couleur hatten den Vorbehalt: So weit kommt das noch, dass uns hier die Bürger/innen in Einzelfragen plötzlich das Heft aus der Hand nehmen.

Gauweiler: Jeder Politiker, der etwas taugt, ist der Überzeugung: „Das, was ich sage, ist ohnehin die Meinung des Volkes, und wenn es nicht seine Meinung ist, dann wissen sie es halt noch nicht besser, dann muss ich es ihnen sagen.“ Aber zur Demokratie gehört auch dazu, wenn die Menschen sich wider Erwarten nicht überzeugen lassen, das zu schlucken. Die Debatte in den Neunziger Jahren über mehr Demokratie in Bayern ist auf viel Skepsis gestoßen, weil man sagte, da können dann einzelne Populisten oder Sonderinteressen sich durchsetzen. Dieses

Argument war nicht völlig falsch, aber dahinter steht auch ein mangelndes Vertrauen in die eigene Überzeugungskraft. Insofern glaube ich, dass diese Einführung des Bürgerentscheids auf Ortsebene gegen den Willen der CSU, zum ersten Mal in dieser Form in Deutschland, dass das ein riesen Durchbruch war.

BÜRGERBEGEHREN „MITTLERER RING“

„Mittlerer Ring“ nennen die Münchner/innen eine ringförmige Bundesstraße innerhalb der Stadt. Sie hat eine Länge von etwa 28 Kilometern und gilt als Deutschlands staureichste Strecke.

Anfang der Neunziger Jahre stoppte die damalige rot-grüne Koalition im Münchner Stadtrat den weiteren Ausbau des Rings, weil sie das dafür veranschlagte Geld - 1,6 Milliarden DM - lieber für den öffentlichen Nahverkehr und neue Kindergärten ausgeben wollte. Gegen diese Entscheidung organisierte die CSU das Bürgerbegehren „Drei Tunnel braucht der Mittlere Ring“, gleich nachdem das Instrument per Volksentscheid durchgesetzt worden war.

Am 23. Juni 1996 kam es zum ersten Bürgerentscheid Münchens. 50,7 Prozent der Abstimmenden gaben dem Konzept des CSU-geführten Bündnisses den Vorzug. Die Entscheidung fiel in der Stichfrage, denn die Münchner/innen hatten beiden Vorschlägen zugestimmt. Der dritte Tunnel unter dem Luise-Kiesselbach-Platz wurde erst vor wenigen Wochen eröffnet.



Christian Ude (links) und Peter Gauweiler (rechts) im Gespräch mit Susanne Socher am 20. August in München. Fotos: Edda Dietrich

Wann kam die direkte Demokratie das erste Mal ins politische Bewusstsein bei Ihnen?

G: Die kam schon früher. Bei der CSU gehört zum Grundverständnis: Wir sind eine Volkspartei, das ist ein bisschen populistisch im Sinne von „Wir sprechen das aus, was die Bevölkerung denkt“. Die CSU hat über die Jahrzehnte ganz gut abgeschnitten damit. Gefahr drohte, wenn sie mit der Mehrheitsmeinung der Bevölkerung nicht mehr übereingestimmt hat – nicht durch die parlamentarische Opposition, sondern durch Volksentscheide: etwa zur Bekenntnisschule, zur Rundfunkfreiheit und in den Neunzigern durch die Frage von mehr Demokratie in den Kommunen. Städte und Gemeinden sind Gemeinschaften eigener Art, ursprünglicher zum Teil als Staaten. Es ist eine uralte Tradition, dass die sich gegen die Landesherren erheben, das alles hat eine Rolle gespielt. Die Partei als solche war gegen den damaligen Volksentscheid zur Einführung des Bürgerbegehrens, aber wir in München waren die ersten, die die neue Regelung genutzt haben und auf den Marienplatz gestürmt sind und dort Unterschriften gesammelt haben für einen Bürgerentscheid.

Herr Ude, Sie waren damals Oberbürgermeister in München. Letztlich greifen diese ganzen Beschreibungen ja auch auf Sie: Ich denke, auch der SPD-Politiker begreift sich als jemand, der weiß, was richtig ist und was er tut.

U: Die sozialdemokratische Denkschule seit Wilhelm Hoegner sagt: Die parlamentarische Demokratie gehört nicht in Frage gestellt, aber ergänzt durch Elemente direkter Mitbestimmung.

Hoegner hat diese Praxis im Schweizer Exil kennengelernt und war überrascht, wie die gesamte Bevölkerung eines Dorfes oder einer Kleinstadt plötzlich kommunale Fragen mit großem Ernst diskutiert, eben in dem Bewusstsein, es selbst entscheiden und verantworten zu müssen. Und so spielen Volksbegehren und Volksentscheid in Bayern eine bedeutsame Rolle, Peter Gauweiler hat ja die Themen genannt, bei denen die Bevölkerung in die Landesgesetzgebung eingegriffen hat.

Persönlich stinkt es mir fast, dass das ein Verein war, der das Volksbegehren gemacht hat. Die Sozialdemokratie hätte selbst darauf kommen können und müssen. Aber immerhin hat die SPD wie die Grünen und die ÖDP es von Anfang an unterstützt. Damals wurde ich von vielen Amtskollegen gefragt, ob ich noch alle Tassen im Schrank habe, denn ein kommunaler Bürgerentscheid richte sich ja naturgemäß gegen den Bürgermeister, sei ein Instrument der jeweiligen Opposition, das könne ich doch nicht unter den Teppich kehren. Ich habe dagegegenthalten, dass man dieses Risiko bewusst eingehen müsse. Natürlich ist das Bürgerbegehren ein Instrument derer, die sich durch die aktuelle Kommunalpolitik nicht ausreichend berücksichtigt sehen.

Eigentlich ist es Peter Gauweiler zu verdanken, dass der wichtigste Vorwurf gegen den Volksentscheid sich in Luft auflöste, der lautete: Das wird ein Investitionshemmnis. Kein Großprojekt geht mehr durch, weil immer irgendjemand dagegen ist und Stimmung macht. Und der erste praktische Anwendungsfall des Bürgerbegehrens war das glatte Gegenteil. Der Stadtrat – ich war dabei! – hat sich einem Großprojekt widersetzt und die ►

Bevölkerung hat es mit Hilfe des Bürgerbegehrens durchgesetzt. Seitdem behauptet niemand mehr, Bürgerentscheide seien wirtschaftsfeindlich.

Herr Gauweiler, was hat Sie dazu gebracht, dieses erste Bürgerbegehren zu machen?

G: Der Gründer der Heilsarmee ist mal gefragt worden: Kann das wirklich sein, dass man für die Sache Gottes mit Uniformen und militärischen Mitteln wirbt? Da hat der geantwortet: „Warum soll man die besten Mittel dem Teufel überlassen?“ Nun war der Volksentscheid nichts Teufelisches, sondern ist im Gegenteil eher eine Entspannung und Auflösung für viele Konflikte gewesen. Ich selbst war kein wirklich engagierter Gegner davon. Mir leuchteten die Gegenargumente ein, Quorum, Unregierbarkeit und Ähnliches mehr, aber als Populist ist man doch eher dafür, auf die Leute zu hören. Mir war klar: Wenn es diese Möglichkeit gibt, dass der Souverän entscheidet, dann muss man die Themen zur Entscheidung bringen, bei denen wir die Leute überzeugt haben, wie zum Beispiel in der Münchner Verkehrssituation. Und wenn wir uns irrten, dann wäre das eben abschließend geklärt. Es könnte ja auch sein, dass wir uns verannt haben, aber das müssen die Oberen entscheiden, und das ist die Bevölkerung.

Deshalb habe ich gesagt: „Ein Bürgerbegehren, das machen wir jetzt sofort!“ und mir ist damals intern gesagt worden: „Ja, spinnst du jetzt total?“. Ich habe gesagt: „Sind wir denn für Demokratie? Wir waren doch nicht dagegen, weil wir gegen Demokratie sind, sondern aus den ganzen genannten technischen Gründen. Jetzt ist es da und wir sind doch davon überzeugt, dass die Bevölkerung unsere Argumente für richtig hält, dann lasst uns das doch mal prüfen. Zwei Tage später haben wir mit der Unterschriftensammlung angefangen – mit vielem Gehüstel des Innenministeriums, aber wir mussten das halt mal wagen.“

Es geht also darum, loszulassen und zu sagen, es gibt noch eine höhere Ebene, nämlich den Souverän, der das jetzt entscheidet. Dieser Erkenntnisprozess hat ja wahrscheinlich gedauert. Haben Bürgerbegehren und Bürgerentscheide etwas verändert in der bayerischen Politik?

U: Sie haben nachweislich vieles verändert! Erstens durch die getroffenen Entscheidungen. Ich bin sicher, nach dem mindestens zehnjährigen Streit um den Mittleren Ring hätte es nochmals zehn Jahre Streit gegeben. Da hätte man noch unendlich viel Porzellan zerschlagen können: Mit welchem Ausbaustück fängt man an,

und wird das zweite nicht heimlich zurückgestellt und dauert das dritte nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag? Durch den Bürgerentscheid ist auch ein gesellschaftlicher Konflikt gelöst worden. Darüber hinaus hat das Instrument des Bürgerentscheids seine Wirkung entfaltet einfach dadurch, dass es vorhanden ist. In vielen Diskussionen bis hinein in Architekturwettbewerbe gab es plötzlich das Argument: Können wir uns das wirklich erlauben oder kriegen wir dann einen Bürgerentscheid, den wir nicht gewinnen können? Diese Frage diszipliniert unglaublich, auch, wenn Wirtschaftsinteressen sich rücksichtslos durchsetzen wollen. Die können vielleicht noch zwei Fraktionsvorsitzende umstimmen oder einschüchtern, die Bevölkerungsmehrheit nicht. Ich würde sagen, dass die Selbstherrlichkeit der Machtinhaber zurückgegangen ist. Ich will es nicht schönreden: Es gab durchaus Fälle, da konnte man den Bürgerentscheid und seinen Ausgang nicht verstehen. Aber umgekehrt kennt doch jeder von uns eine Stadt oder Gemeinde, wo er mit dem Wahlergebnis nicht zufrieden ist, ohne dass das ein Argument gegen das Wahlrecht ist. Insofern können natürlich auch beim Bürgerbegehren oder Bürgerentscheid bedenkliche Entscheidungen herauskommen, aber dann hat es die Bevölkerung so gewollt.



„Ich würde sagen, dass die Selbstherrlichkeit der Machtinhaber zurückgegangen ist.“

CHRISTIAN UDE

G: Es ist ein neues Gegengewicht zur Parteiendemokratie entstanden. Das mit der Parteiendemokratie ist ja nicht so schlecht, aber sie hat auch ihre Probleme und ihre Erstarrungen. Das führt dazu, dass oft der Einzelne sagt: „Ich hab doch gar nichts mehr zu entscheiden“. Die ganz schlechten Zahlen bei den Wahlbeteiligungen sprechen ja doch eine deutliche Sprache. Und da kann ich jetzt was machen. Ich brauch mich nicht nur wie im Hydepark hinstellen und reden und damit einen Windmühlenkampf gegen die Großen führen, die dann sagen: „Ja, spinnst du ruhig weiter!“, sondern ich kann wirksam aktiv werden. Ich kann jetzt Unterschriften sammeln und wenn ich eine bestimmte Zahl habe, dann muss abgestimmt werden. Die Schweiz ist damit seit langer Zeit sehr gut gefahren. Die haben ja auch ihre Parteien und ihre Parlamente, aber Hoegner hat das, wie vorhin gesagt wurde, ganz richtig beobachtet: Es muss ein Korrektiv geben.

Ich erlebe Sie beide als sehr abgeklärt und souverän und auch sicher im Umgang mit der direkten Demokratie. Aus meiner Beratung kann ich Anderes erzählen. Beispielsweise rief mal ein Bürgermeister an und sagte: „Sie, Sie kennen sich doch aus mit der direkten Demokratie, wir haben da jetzt ein Bürgerbegehren. Was kann

man denn dagegen machen?“ Es fühlen sich schon noch viele Bürgermeister oder auch Gemeinderäte persönlich angegriffen, wenn ein Bürgerbegehren kommt.

G: Jedes Aussprechen des Satzes „Ich bin nicht deiner Meinung!“ führt nicht zu Wohlbefinden. Ich glaube, dass man unter dem Gesichtspunkt einer – im positiven Sinn des Wortes – Harmonie in der Gemeinde gut beraten ist, bei Großprojekten Bürgerentscheide am Anfang zu machen. Nehmen Sie als Beispiel die Olympischen Spiele. Ich war traurig über die Entscheidung. Ich habe sie als einen Ausdruck von Verzagttheit gesehen. Da haben die politischen Kräfte mit ganz wenigen Ausnahmen – einer sitzt hier, der seinen Kopf hingehalten hat, Christian Ude – sich zu wenig engagiert und zu wenig Feuer gezeigt. Aber es hat uns vielleicht jahrelange hässliche Diskussionen und Auseinandersetzungen erspart. Ihrem Bürgermeister würde ich sagen: Seien Sie froh drum, der Streit ist ja offensichtlich da, sonst würden es die Leute nicht versuchen. Machen Sie jetzt die Entscheidung, versuchen Sie für Ihr Projekt einen wahren Satz zu schreiben, und wenn Sie das schaffen, dann gehen Sie auf Ihren Markt und überzeugen Ihre Wähler. Und wenn Sie es nicht schaffen, dann sagen Sie: Ich habe Glück gehabt, dass mir eine jahrelange Sackgasauseinandersetzung erspart worden ist.

U: Man wäre gut beraten, genauso vorzugehen, wie wir es beim Fußballstadion gemacht haben: selbst am Anfang einen Bürgerentscheid einleiten, dafür gibt es ja das Ratsbegehren. Ich habe das vorgeschlagen, weil die Freien Wähler schon angedroht hatten: Wird der Stadionbau beschlossen, dann werden wir dagegen einen Bürgerentscheid beantragen. Nun brauchen die als kleine politische Kraft Monate, wenn nicht Jahre, um die Unterschriften zusammenzukratzen. Und es gibt wie immer einen offenen Ausgang. Wir können doch nicht jahrelang Verkehrserschließung ausbauen und Planungen vorantreiben und Kosten verursachen, um dann am Ende kläglich zu scheitern. Wir brauchten den Bürgerentscheid gleich. Wir haben dann sogar eine Zwei-Drittel-Mehrheit zusammenbekommen und ab dann war klar: Das ist so von der Bevölkerung erwünscht. Dann hat sich niemand mehr getraut, dagegen zu stänkern.

Haben Sie denn einen Lieblingsentscheid, jetzt ausgenommen von dem eigenen vielleicht?

U: Natürlich sind einem Bürgerentscheide, bei denen man gewinnt, lieber als Niederlagen. Ich habe mich gefreut, dass die Initiative für das Stadion von der Bürgerschaft mitgetragen wurde

und dass die Stadt einen Bürgerentscheid gewonnen hat, der sich gegen angeblich überzogene Wohnungsbauvorhaben gerichtet hat. Auch da hat sich herausgestellt, er ist kein Investitionshemmnis, der Bürgerentscheid. Bitter war für mich die Niederlage bei Olympia, weil ich dafür zehn Jahre ziemlich intensiv gearbeitet hatte. Aber ich habe die Entscheidung verstanden. Sie richtete sich weniger gegen uns als gegen das Auftreten des Internationalen Olympischen Komitees und der FIFA, wie die ihre Entscheidungen vergeben und was sie von den Ausrichterstädten inzwischen verlangen. Dass die Bürgerschaft sagt, da hauen wir jetzt mal die Bremse rein, und das in vielen Ländern dieser Welt gleichzeitig – in allen demokratischen Ländern eigentlich! –, das ist ein deutliches Signal, dass die Weltverbände des Sports die Völker als wichtige Akteure wieder entdecken müssen.

G: Meinen Lieblingsentscheid habe ich noch vor mir. Es gibt einen Wettbewerb zwischen Brüssel und Berlin, wer mehr demokratische Rechte abschafft. Die Leidtragenden sind immer die gleichen, völlig egal, ob sie rot, grün oder schwarz sind. Da, denke ich, müssen wir etwas machen. Ich habe es als persönliche Niederlage empfunden, wie wir bei den Koalitionsverhandlungen für die große Koalition schon eine Einigung zwischen CSU und SPD hatten, wie wir den Volksentscheid auf Bundesebene in gesetzgebende

Form fassen, und das dann am Veto der CDU und ihrer Chefin geplatzt ist. Aber wenn wir schon nicht bundesweit abstimmen können: Ich glaube an ein bayerisches Volksbegehren in Sachen TTIP und dass von der neuen Möglichkeit unserer bayerischen Verfassung Gebrauch gemacht werden kann, die Staatsregierung in dieser weitreichenden Sache zu binden. /

Vielen Dank für das Gespräch!

TIPP Das Gespräch in voller Länge finden Sie unter www.mehr-demokratie.de/bayern-jubilaeum.html

Peter Gauweiler

CSU-Politiker, Staatsminister a.D. und ehemaliger Abgeordneter im Bundestag, Initiator des Bürgerbegehrens „Drei Tunnel braucht der Ring“.

Christian Ude

SPD-Politiker, langjähriger Oberbürgermeister von München.



„Der Volksentscheid ist eine Entspannung und Auflösung für viele Konflikte gewesen.“

PETER GAUWEILER